

H a u s h a l t s r e d e
von Kreiskämmerer Werner Krüger
zur Einbringung des Entwurfs des Kreishaushaltes 2010
am 10.12.2009
(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Städte, Gemeinden und Kreise befinden sich derzeit, um es einmal medizinisch auszudrücken, in einem finanziell polytraumatisierten Zustand. Mit dieser Aussage habe ich seinerzeit meine Haushaltsrede zum Kreishaushalt 2007 begonnen. Nachdem sich zwischenzeitlich der Zustand, auch bedingt durch die seltsamen Spezifika des Neuen Kommunalen Finanzmanagements verbessert hatte, ist nunmehr davon auszugehen, dass ein längerer Aufenthalt auf der Intensivstation programmiert ist.

Durch die weltweit zu verzeichnende Finanz- und Wirtschaftskrise werden die öffentlichen Haushalte, insbesondere bei den Städten und Gemeinden, bereits in diesem Jahr Einnahmeausfälle in bisher nicht gekannter Größenordnung bewältigen müssen. Aufgrund der gesetzlichen Finanzierungssystematik werden die Kreise, und somit auch der Oberbergische Kreis, im folgenden Jahr, also im Jahr 2010, davon betroffen sein. Die daraus resultierenden dramatischen Einbrüche im GFG, auf die ich später im einzelnen noch zurück kommen werde, in Verbindung mit steigenden Sozialausgaben, in Verbindung mit immer neuen Aufgaben, die trotz zugesagter Konnexitätsregelung nicht die entsprechende Gegenfinanzierung finden und vielem mehr, zeigen, dass Kommunen und Kreis absolut unter einem Einnahmeproblem leiden und nicht, wie es gerne „von höherer Stelle“ aus behauptet wird, unter einem Ausgabeproblem, wenn ich die uns gesetzlich übertragenen Pflichtausgaben als gesetzt ansehe. Vor diesem Hintergrund sind der Kreishaushalt 2010 und die Folgejahre zu betrachten.

Ich darf bereits jetzt darauf hinweisen, dass die vom neuen NKF geforderten Ziele und Kennzahlen in diesem Haushalt noch nicht erkennbar sind – wir haben diesen durchaus schwierigen und langwierigen Prozess intensiv begonnen und hoffen, im Haushalt 2011 dies für einige Bereiche ausweisen zu können. Es wird sich insgesamt sicherlich um einen Prozess von 4 – 5 Jahren handeln.

Ein weiterer Hinweis gilt auf die Vergleichbarkeit der Ansätze 2010 mit den Vorjahren. Obwohl wir ja für das Jahr 2009 erstmalig Ansätze nach der völlig neuen NKF-Systematik gebildet haben, ist eine Vergleichbarkeit zu den Zahlen 2010 ebenfalls sehr schwierig, da zum einen die Rechnungsergebnisse noch nicht vorliegen und zum anderen die Ansatzgestaltungen 2010 durch einen laufenden Erfahrungsprozess einer ständigen Überprüfung und Anpassung bedürfen, bedingt durch die fundamentale Systemumstellung von Kameralistik auf Doppik.

Für das Jahr 2009 prognostizieren wir nach derzeitigem Stand gegenüber der Veranschlagung eine Verschlechterung von rd. 850.000,-- €, womit wir bei steigenden Soziallasten durchaus zufrieden sein müssen, eine Abweichung zum Haushaltsvolumen von rd. 0,3 %.

Ich darf auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Finanzplanung vom Beginn dieses Jahres, basierend auf den seinerzeit gültigen Orientierungsdaten, einen durchgängigen stabilen allgemeinen Kreisumlagehebesatz bis zum Jahr 2013 von 39,5 %-Pkt. vorsah. Geringfügige Schwankungen in der Haushaltsentwicklung konnten zugunsten dieser stabilen Hebesätze durch Entnahmen aus der dafür vorgesehenen Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden. So sah es die Planung vor. In diesem Zusammenhang darf ich auf die umfangreichen Erläuterungen und Zusatzinformationen im Vorbericht hinweisen.

Mit Blick auf die massiv verschlechterten Rahmendaten haben wir im Interesse unserer wirklich extrem Not leidenden Kommunen – einige werden bald ihr gesamtes Eigenkapital aufgezehrt haben und ins negative Eigenkapital abrutschen -, in der freien Wirtschaft nennt man so etwas, salopp ausgedrückt, „Pleite sein“, die Ausgabenansätze bis an die Grenze des Vertretbaren knapp kalkuliert und auch die Einnahmeansätze entsprechend gestaltet.

Das Haushaltsvolumen beläuft sich im Ertragsbereich auf 257,3 Mio. € und im Aufwandbereich auf 268,7 Mio. €, was zu einem Fehlbedarf von 11,4 Mio. € führt.

Die Gesamtpersonalaufwendungen belaufen sich auf 46,43 Mio. €, basierend auf einer Stellenzahl von 711 Stellen, in denen im Rahmen der neuen Jugendamtskonzeption weitere von Ihnen bereits beschlossene Stellen enthalten sind. Darin enthalten sind auch zu veranschlagende Pensionsrückstellungen in Höhe von 3,89 Mio. €. Von diesem Gesamtpersonalaufwand sind allerdings abzuziehen Erstattungen in den verschiedensten Bereichen des Haushaltes für Personalkosten in Höhe von 1,8 Mio. €, so dass sich insofern der Gesamtpersonalaufwand auf 44,6 Mio. € beläuft.

Der Hebesatz der Jugendamtsumlage kann von 23,79 % in diesem Jahr auf 22,28 % reduziert werden. Die aus der alten Finanzplanung ursprünglich prognostizierte Senkung auf 20,47 % kann aufgrund der massiv gesunkenen Umlagegrundlagen nicht erreicht werden.

Im Sozialetat bewegen wir uns sowohl im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende, also im Bereich Hartz IV, bei der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung, bei der Hilfe zum Lebensunterhalt und bei der Hilfe zur Pflege weiterhin auf sehr hohem bzw. weiter steigendem Niveau. Wir hoffen, dass die in einigen Bereichen sinkende prozentuale Beteiligung von Bund und Land auf Sicht wieder einen höheren Stand erreichen wird. Insgesamt haben wir im Sozialetat einen Zuschussbedarf von rd. 51,4 Mio. €, den wir für die Bürger dieses Kreises

aufwenden und natürlich einen beträchtlichen Teil des Kreisumlageaufkommens ausmacht, nämlich 41,8 %. Ich darf, wie auch der Landrat, in diesem Zusammenhang noch mal darauf hinweisen, dass uns allein die in den letzten Jahren übertragenen Aufgaben a) Hilfe zur Pflege b) Pflegewohngeld und c) Grundsicherung für alte Menschen netto für das Jahr 2010 21,6 Mio. € kostet, d.h. ohne diese Aufgabenübertragungen könnten wir theoretisch die Kreisumlage um 7,14 %-Pkt. senken.

Unsere freiwilligen Ausgaben, die nach wie vor ein Volumen von ca. 2,3 Mio. € haben und damit weniger als 1 % des Haushaltsvolumens ausmachen, werden wie bisher eingesetzt für die Kulturförderung, für die Kreis- und Stadtbücherei, für die Sportförderung, für den schulpсихologischen Dienst, für die Förderung der Land- und Fortwirtschaft und für die Förderung von Wirtschaft und Tourismus. Trotz des geringen freiwilligen Volumens bewirken diese Ausgaben Hervorragendes und unterstützen auch die Belange von Städten und Gemeinden. Leider sind die freiwilligen Ausgaben aufgrund der neuen NKF-Systematik nicht mehr offen ausweisbar und gekennzeichnet wie früher, sondern in anderen Aufwendungen in bestimmten Produkten zusammengefasst.

Ich komme jetzt zu den Auswirkungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes und weise gleichzeitig darauf hin, dass Grundlage des Haushaltsentwurfes die erste Modellrechnung des Landes ist und die zweite und dritte Modellrechnung erst nach Redaktionsschluss bei uns eingegangen sind. Ich weise aber auch bereits jetzt darauf hin, dass die dritte Modellrechnung unter Berücksichtigung von Schlüsselzuweisungen, Umlagegrundlagen für Kreisumlage und Landschaftsumlage eine Verschlechterung im Abgleich von rd. 594.000, -- € bringen wird, die wir im Veränderungsnachweis berücksichtigen müssen.

Die Schlüsselzuweisungen werden gegenüber dem Vorjahr um 349.000,-- € sinken gegenüber der Finanzplanung sogar um 1,78 Mio. €. Dramatisch wirkt sich aus das Absinken der Umlagegrundlagen von 313,2 Mio. € in diesem Jahr auf 303,7 Mio. € für das Jahr 2010. Das bedeutet ein Absinken um fast 10 Mio. €, gegenüber der Finanzplanung von 326,3 Mio. € verzeichnen wir sogar eine Wenigereinnahme von rd. 23 Mio. €. Dass sich dieses auf alle Umlagen entsprechend auswirkt, liegt auf der Hand.

Ein positiver Effekt würde allerdings eintreten bei der Landschaftsumlage, aber auch nur dann, wenn der Landschaftsverband seinen alten Hebesatz von 15,85 % für 2010 nicht erhöht, wovon zur Zeit auszugehen ist. Sollte dies der Fall sein und so haben wir es auch veranschlagt, käme es zu einer Entlastung des Kreishaushaltes von 1,56 Mio. €. Dennoch bedeutet dies, dass diese 51,87 Mio. € rd. 42,2 % des Kreisumlageaufkommens ausmachen. Einiges spricht jedoch dafür, dass der Landschaftsverband allerdings seinen Hebesatz ab 2011 erhöhen wird.

Bevor ich zur Entwicklung der Kreisumlage komme, ist die Situation der Eröffnungsbilanz darzustellen. Mit einem enormen Aufwand an Bewertungen der Sachanlagen, Finanzanlagen und Umlaufvermögen stehen Bilanzsumme und Eigenkapital weitgehend fest. Schwankungen werden sich evtl. aus der endgültigen Bewertung der Forderungen und der Fortschreibung der Gebäudebewertungen sowie aus der noch in Arbeit befindlichen Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung ergeben. Hier sind meine Mitarbeiter dabei, zurzeit alle Gegenstände ab einem Wert von 60,-- € in allen unseren Schulen und Verwaltungsgebäuden zu registrieren, und zu bewerten. Wir gehen davon aus, dass wir spätestens im Herbst des Jahres 2010 die fertige Eröffnungsbilanz unserem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung geben können, damit nach erfolgtem Testat durch die Rechnungsprüfer dann der Kreistag entsprechend beschließen kann.

Die Bilanzsumme wird sich voraussichtlich auf 289,8 Mio. € belaufen, während sich das Eigenkapital mit 53,3 Mio. € darstellt. Da aufgrund der Gesetzessystematik ein Drittel dieses Eigenkapitals als Ausgleichsrücklage zur Verfügung steht, verfügen wir somit über eine Ausgleichsmasse von 17,7 Mio. €, von denen bereits in diesem Jahr zur Herstellung des fiktiven Haushaltsausgleiches 6,2 Mio. € entnommen worden sind, so dass nunmehr noch rd. 11,4 Mio. zur Verfügung stehen.

Ziel war und ist es, unsere Kommunen mit dem geringst möglichen Kreisumlagehebsatz zu belasten. Bei Inanspruchnahme der restlichen Ausgleichsrücklage in Höhe von 11,4 Mio. € d. h. also, dass künftig Mittel aus der Ausgleichsrücklage für Folgejahre nicht mehr zur Verfügung stehen, verbleibt nun noch eine Deckungslücke von rd. 3 Mio. €, die nicht anders zu decken war, als über eine Erhöhung der Kreisumlage von 1,0 %-Pkt. von 39,5 auf 40,5 %. Da eine andere Deckungsmöglichkeit zurzeit nicht mehr vorhanden ist, war diese Anhebung unvermeidlich.

Von den im Zuge der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik, die uns im Übrigen jährlich mit rd. 0,5 Mio. € belastet, zur Jahreswende 2008/2009 entstandenen Altfehlbeträgen in Höhe von 16,0 Mio. € hat der Kreis bereits in diesem Jahr auf die Rückforderung einer Teilsumme von 4,0 Mio. € zugunsten einer geringeren Kreisumlagebelastung verzichtet. Der vorliegende Entwurf des Haushaltes sieht auch für das Jahr 2010 einen Verzicht auf die für das Jahr 2010 vorgesehene Rückzahlung einer Teilsumme von 4,0 Mio. € vor, um den Kommunen abermals entgegen zu kommen. Ob dies allerdings die Zustimmung des Regierungspräsidenten finden wird, bleibt aber abzuwarten. Völlig klar ist jedoch, dass durch diese Verfahrensweise die Liquiditätsprobleme des Oberbergischen Kreises steigen und wir dies durch entsprechende Liquiditätshilfen letztlich kreisumlagewirksam kompensieren müssen. Glücklicherweise ist zurzeit und wir hoffen auch noch längere Zeit das Zinsniveau für die Liquiditätsstützung sensationell

niedrig. Über die Rückzahlung der noch für die Jahre 2011 und 2012 vorgesehenen jeweiligen 4,0 Mio. € muss zu gegebener Zeit entschieden werden.

Erschrecken muss allerdings auch die Aussicht auf die Folgejahre aufgrund der bereits mehrfach geschilderten Ursachen, Stichworte sind: Globale Finanzkrise, daraus resultierend Orientierungsdaten, steigende Soziallasten, und das völlige Inanspruchnehmen der Ausgleichsrücklage. Dies bewirkt, dass wir laut Planung im Jahre 2011 die Kreisumlage massiv auf derzeitig errechnete 46,1 %-PKt. – wir hatten ja bereits in 2007 einen allgemeinen Kreisumlagehebesatz von 46,7 % - mit danach leicht sinkender Tendenz für die Folgejahre anheben müssen. Eine wahrlich bedrückende Perspektive, die aber zu 100% fremdbeeinflusst ist und da der Kreis keine Kompensationsmöglichkeiten mehr hat, da diese in den vergangenen 15 Jahren alle aufgebraucht bzw. genutzt worden sind, haben wir dazu keine Alternative mehr. Der freiwillige Marsch in die Haushaltssicherung ist insofern nicht möglich, als der Regierungspräsident Köln als Aufsichtsbehörde dies nur dann genehmigt, wenn nach drei Jahren der Kreis diese Fehlbeträge im wesentlichen aus eigener Kraft d.h. nicht per Kreisumlageerhöhung ausgleichen kann. Da dies jedoch völlig ausgeschlossen ist, besteht diese Alternative nicht mehr.

Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass der Kreis in den Jahren 2009 und 2010 dann insgesamt 25 Mio. € zu Gunsten der kreisangehörigen Kommunen an Eigenkapital eingesetzt und damit selbst verloren hat.

Ich hatte bereits eingangs dargestellt, dass dieser Haushalt äußerst knapp kalkuliert ist. Hinzu kommen die Risiken der unwägbarer weiteren Entwicklung im Sozialetat, der Entwicklung der Zinsen für Investitions- und Liquiditätskredite und insbesondere wissen wir nicht, wie der Landschaftsverband auf Sicht mit seiner Landschaftsumlage umgeht.

Als Schlussfolgerung bleibt nur festzuhalten, dass wir alle entweder eine aufgabengerechte Finanzausstattung bekommen oder der Kommunalisierungsgrad der Aufgaben muss deutlich zurückgefahren werden. Auch ist das Konnexitätsprinzip strikt einzuhalten. Bei den Kämmerern geht deshalb zurzeit der Satz um, der das Problem auch trefflich darstellt: „Reifen mit Loch kann man nicht aufpumpen“.

Diese bedrückende Situation wird uns selbstverständlich jedoch nicht davon abhalten, die Haushaltswirtschaft auch in Zukunft entsprechend sparsam zu führen.

Abschließend gilt mein Dank meinen Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei, für die seit vielen Monaten arbeiten bis in die späten Abendstunden und an Wochenenden zur Regel geworden ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.